argumentiert auch jeder sizilianische Räuberhauptmann, wenn er sich beim neuen Beutezug auf den Majoritätsbeschluß seiner Kumpane bezieht. Wenn wir warten wollen, bis die preußischen Junker einer Aenderung des Dreiklassenwahlsystems zustimmen, dann können wir bis in die aschgraue Pechhütte warten. Wenn aber eine Regierung gewillt ist, mit der grausamen Lüge des preußischen Wahlrechts zu brechen, dann braucht sie von der ohnmächtigen Wut der Junker nicht zurückschrecken, denn letzten Endes steht ihr der Ausweg über den Reichstag zur Durchsetzung der Reform immer offen.

Reichstagswahlrecht und Dreiklassensystem vertragen sich nicht länger mehr miteinander. Das Reichstagswahlrecht war das große Sicherheitsventil, durch das sich der ingrimmige Haß des preußischen Volkes gegen das Dreiklassensystem Luft schaffen konnte. In dem Maße aber, wie das kulturell rückständige Preußen seine Macht im Reiche mißbraucht, wird die Lage unhaltbar. Entweder Reform des preußischen Wahlrechts oder Zerstörung des Reichstagswahlrechts — ein Drittes gibt es nicht. Zerstörung des Reichstagswahlrechts, d. h. die Revolution, die Zertrümmerung des Reiches. Das Reichstagswahlrecht läßt sich das Volk nicht mehr nehmen, dies Recht können die Bülowiten nicht aus der Welt reden, nicht aus der Welt schießen. Also bleibt nur die andere Möglichkeit übrig. Und wir sind sicher genug, daß wir die Demokratisierung Preußens in naher Zukunft anbahnen. Die großen Demonstrationen in Berlin und anderen Orten haben gezeigt, daß das Volk in seiner großen Masse zum Kampf um sein Recht entschlossen ist. Das war kein Abschluß, sondern nur der Anfang; und so wird denn auch der 3. Juni in Preußen kein Abschluß, sondern ein Anfang. Und das Endziel ist **die Vernichtung der großen Lüge des preußischen Dreiklassensystems.**

Die Bergarbeiter und die Arbeiterpartei.

Von unserem Korrespondenten.

j. s. **London**, 27. Mai.

Die Urabstimmung der Mitglieder der Bergarbeiter-Föderation über die Frage, ob die Gewerkschaft mit ihren rund 600 000 Mitgliedern und 15 Parlamentsabgeordneten der Labour Party (Arbeiterpartei) beitreten soll oder nicht, ist nun beendigt, und obschon die genauen Ziffern des Ergebnisses noch nicht bekannt sind, so wird doch von maßgebender Seite erklärt, daß sich die überwiegende Mehrheit zugunsten der Angliederung ausgesprochen hat. Das Ergebnis ist nicht überraschend. Schon im Jahre 1906 fand eine Urabstimmung der Bergarbeiter statt, welche eine relativ geringe Mehrheit gegen den Beitritt ergab. Damals stimmten nämlich 101 714 Mitglieder gegen und nicht weniger als 92 222 für den Beitritt, obschon die Parlamentsvertreter der Gewerkschaft, welche heute noch offiziell zur liberalen Partei gehören, offen gegen den Beitritt zur Arbeiterpartei Stellung nahmen. Seitdem hat aber der Gedanke der selbständigen politischen Vertretung der Arbeiterklasse auch unter den Bergarbeitern große Fortschritte gemacht, und auch die Führer der Gewerkschaft haben nach und nach ihre Opposition aufgegeben und eine mehr neutrale Haltung eingenommen. Eine im Oktober 1907 stattgehabte Konferenz der Verbündeten Gewerkschaften, welche die Bergarbeiter-Föderation ausmachen, nahm denn auch eine Resolution an, wonach die Zeit für den Anschluß an die Arbeiterpartei gekommen sei, und diese Konferenz verordnete auch die jetzt abgeschlossene Urabstimmung der Mitglieder.

Die Abstimmung wird eine gewaltige numerische Stärkung der parlamentarischen Fraktion der Arbeiterpartei zur Folge haben. Von 31 Unterhausmitgliedern, die sie heute ausschließlich des „unabhängigen Sozialisten" Genossen Grayson zählt, wird sie zu einer auch numerisch achtunggebietenden Fraktion von 46 Abgeordneten anschwellen. Der Zuwachs geht ganz auf Kosten der liberalen Partei. Die Liberalen trösten sich damit, daß die ihr den Rücken kehrenden Bergarbeiter-Abgeordneten, die ja allerdings sehr „besonnene", „praktische" Politiker sind, den revolutionären Tendenzen innerhalb der Arbeiterpartei entgegenwirken und diese Partei im antisozialistischen Sinne beeinflussen werden. Diese Gefahr besteht zweifellos. Das numerische Verhältnis zwischen den Sozialisten und den Nichtsozialisten innerhalb der Arbeiterpartei wird jedenfalls gänzlich verschoben werden. Von den 31 heutigen Abgeordneten der Arbeiterpartei sind 11 Nichtsozialisten und 20 Sozialisten. Nach Uebertritt der 15 Bergarbeiter-Vertreter wird die Zahl der nichtsozialistischen Arbeiter-Abgeordneten 26 betragen, während die Zahl der Sozialisten 20 bleiben wird. Wenn es also bloß auf die Zahl ankäme und es wirklich zwei deutlich voneinander geschiedene Gruppen innerhalb der Arbeiter-Fraktion gäbe, dann wären die Sozialisten in der Tat in die nicht beneidenswerte Rolle einer hoffnungslosen Minorität gedrängt. Und in diesem Falle wäre der Standpunkt, den die Sozialdemokratische Partei Englands heute einnimmt, gerechtfertigt, und die Sozialisten müßten sich beeilen, aus der Arbeiterpartei auszutreten. Glücklicherweise steht die Sache jedoch nicht so. Sind auch nicht alle Abgeordneten der Arbeiterpartei Sozialisten, so gibt es doch unter ihnen keine ausgesprochenen Antisozialisten. Innerhalb der Arbeiterpartei gibt es keinen Unterschied der vertretenen Interessen, diese sind bei den Sozialisten und Nichtsozialisten die gleichen, sondern nur einen Unterschied in der Klarheit des Zieles und etwa des Tempos der von beiden Gruppen einmütig angestrebten Reformen. Der größeren Klarheit des Zieles und der besseren Einsicht in die Tendenzen der gesellschaftlichen Entwicklung, nicht aber ihrer zahlenmäßigen Mehrheit, haben die Sozialisten ihr Uebergewicht innerhalb der Arbeiterpartei auch bisher zu verdanken gehabt, und diese Eigenschaften haben sie zu naturgemäßen Führern der Arbeiterpartei gestempelt. Deshalb werden die Sozialisten dieses moralische und intellektuelle Uebergewicht auch nach dem Einzug der 15 Bergarbeiter-Vertreter behalten. In Einzelfällen von nicht prinzipieller Natur mögen die nichtsozialistischen Elemente über die Wünsche der Sozialisten vorübergehend den Sieg davontragen, an der allgemeinen, prinzipiellen Haltung und an der Entwicklungsrichtung der Arbeiterpartei, welche ganz offenbar zum Sozialismus hinführt, wird der plötzliche Zuwachs nichts ändern.

Weit wichtiger als das Anwachsen der parlamentarischen Fraktion ist der Umstand, daß durch diesen Beschluß die Arbeiterpartei mit einem Schlage um die ungeheure Armee von 600 000 Bergarbeitern zunimmt. Daß nun auch die halbe Million Bergsklaven endlich zur selbständigen Arbeiterpolitik bekehrt ist, das ist ein schwer zu überschätzender, dauernder Gewinn. Die Zahl der durch die Arbeiterpartei vertretenen Gewerkschaftsmitglieder steigt dadurch auf rund 1 650 000, das heißt kann 50 000 weniger als auf dem letzten Gewerkschaftskongreß vertreten waren. Man kann deshalb behaupten, daß der Prozeß der Auffangung der Gewerkschaftler durch die Arbeiterpartei nahezu abgeschlossen ist. Die Arbeiterpartei ist nunmehr die politische Vertretung der gesamten organisierten Arbeiterschaft Großbritanniens, und deshalb ihre einzige Vertretung. Sie allein ist berufen, und sie allein ist imstande, den politischen Klassenkampf des britischen Proletariats zu führen.

Eine andere wichtige Folge des Beschlusses der Bergarbeiter wird das nahezu vollständige Verschwinden der sogenannten liberalen „Gewerkschaftsgruppe" im Unterhause sein. Bisher zählte diese Gruppe 23 Mitglieder; nach Abzug der 15 Bergarbeiter bleiben ihrer bloß 8. Einer derselben ist der Vertreter der Eisenbahnarbeiter, Richard Bell, und dieser wird laut Beschluß seiner Gewerkschaft bei den nächsten Wahlen entweder der Arbeiterpartei beitreten oder auf sein Mandat verzichten müssen. Von den dann noch bleibenden 7 ist nur W. C. Steadman ein anerkannter Gewerkschaftsführer. Er und noch zwei oder drei seiner Kollegen werden wohl früher oder später dem Beispiel der Bergarbeiter folgen. Die dann noch übrig bleibenden „Gewerkschaftler", welche aber keine noch so winzige Gewerkschaft, sondern nur ihre höchsteigene Person vertreten, werden — wie auch die Debatte über die Arbeitslosen-Bill der Arbeiterpartei gezeigt hat — der Arbeiterklasse wohl endgültig den Rücken kehren und ein feiles Werkzeug im Dienste ihrer Feinde sein.

Politische Uebersicht.

Bürgertum und preußischer Wahlkampf.

Die bürgerliche Presse in Preußen bietet noch heute, wenige Tage vor den Landtagswahlen, ein Bild der erhabensten Ruhe. Ein nicht allzu scharfsichtiger Leser könnte die gesamten Berliner Abendblätter vom letzten Freitag durchblättern, ohne aus ihnen zu ersehen, daß der preußische Staat unmittelbar vor den bedeutungsvollsten Entscheidungen steht, daß um die Gestaltung seines Parlaments für die nächsten fünf Jahre in diesen Tagen der Endkampf gekämpft wird.

Eine solche Trägheit und Gleichgültigkeit bei politischen Wahlen ist kaum noch außerhalb Preußens in irgend einem Lande erlebt worden und sie läßt sich nur erklären einerseits aus der besonderen politischen Apathie des an Bevormundung gewöhnten preußischen Spießbürgertums, andrerseits aber, soweit in jenen Kreisen überhaupt politisch gedacht wird, an der allgemein verbreiteten Auffassung, daß es doch Jacke wie Hose und gehüpft wie gesprungen sei, ob nun ein Junker oder ein Freisinniger, ob ein Schwarzer oder ein Blauer gewählt wird.

Auf eine stärkere Wahlbeteiligung bürgerlicher Elemente ist, abgesehen von den nationalgemischten Wahlkreisen, nur dort zu rechnen, wo die Regierung ernstlich mit der Möglichkeit eines sozialdemokratischen Sieges rechnet. Dort wird man versuchen, den letzten Mann an die Urne zu schleppen, um das Eindringen des einzigen lebendigen und gesunden Elements in die große Schlaf- und Krankenstube des Dreiklassenparlaments zu verhindern. Sonst wird die Beteiligung an den Landtagswahlen schwerlich viel stärker werden, als sie 1903 gewesen ist. In Berlin wenigstens ist ein großer Teil der Beamten entschlossen, durch Stimmenthaltung gegen das Ausbleiben der versprochenen Gehaltsregulierung zu protestieren.

Auch in freisinnigen Parteikreisen ist die Stimmung flau, selbst der liberale Spießbürger ist durch den Kampf um die Blockpolitik und das stürmische Auftreten der Demokraten einigermaßen konfus geworden, und will tun, was Leute seinesgleichen in solchem Falle immer tun, d. h. die Decke über den Kopf ziehen und zu Hause bleiben.

Man kann aus dem jämmerlichen Bild solcher bürgerlichen Wahlkämpfe getreulich erkennen, was ein Staat ohne gleiches Wahlrecht und ohne Sozialdemokratie ist: ein Sumpf, in dem sich die Frösche Gutenacht sagen.

Eduard und Nikolaus.

Nachdem Fallières wieder nach Paris zurückgekehrt ist, ebben die Erörterungen ab, die über die Frage der englisch-französischen Beziehungen gepflogen wurden und die Reise des Königs Eduard zum russischen Zaren tritt in den Vordergrund. **Der tapfere Protest der englischen Arbeiterpartei,** von dem wir gestern Mitteilung gaben, ist noch von einer Anzahl liberaler Abgeordneten des Unterhauses unterzeichnet, und nunmehr mit 57 Unterschriften versehen dem Staatssekretär Grey überreicht worden.

Es ist ein eigenartiges Zusammentreffen, daß jetzt auch in Rußland Widerstand gegen die Begegnung mit dem englischen König sich erhebt. Natürlich dort aus umgekehrten Gründen als in England. Während die englische Arbeiterpartei eine offizielle Berührung mit dem Mörder der russischen Freiheitsbewegung verabscheut, will umgekehrt die russische Reaktion keine Berührung des Zarismus mit dem Vertreter eines liberal regierten Staatswesens. Hierzu wird aus Petersburg gemeldet: In der rechtsstehenden Presse macht sich eine heftige Opposition gegen den Besuch des Königs von England bemerkbar. Der Swjet bemerkt, weder der englische Premierminister noch die Mehrheit des Unterhauses hätten es für nötig gehalten, gegen die Beleidigungen des russischen Kaisers durch die Arbeiterpartei zu protestieren. Fast alle englischen Parteien wetteiferten von jeher in der Verhöhnung Rußlands. Die Rußkoje Snamja schreibt: England sei der Erbfeind Rußlands, und weist jede englisch-russische Annäherung wegen der Politik Rußlands zurück.

Deutsches Reich.

Die Affäre Eulenburg.

Landgerichtsdirektor Schmidt ist nach siebentägiger Anwesenheit in Bayern nach Berlin zurückgekehrt. Die Voruntersuchung ist so weit gediehen, daß sie noch vor Pfingsten abgeschlossen sein wird. Die Verhandlung gegen den Fürsten Eulenburg **soll möglicherweise bereits in der am 15. Juni beginnenden Schwurgerichtsperiode** stattfinden.

Der Bundesrat erteilte in seiner Sitzung am Freitag den Entwürfen der auf Grund des neuen Börsengesetzes zu erlassenden Bekanntmachungen betreffend die Zulassung von Börsentermingeschäften in Anteilen von Bergwerks- und Fabrikunternehmungen und betreffend den börsenmäßigen Zeithandel in Getreide und Mehl an der Produktenbörse in Berlin die Zustimmung.

Zum Gesetz über den unlauteren Wettbewerb. Die Aeußerungen der Interessentengruppen, insbesondere der Handels- und Detaillistenkammern, zu dem seinerzeit veröffentlichten Gesetzentwurf, betreffend Abänderung des Gesetzes über den unlauteren Wettbewerb, sind, wie die Vossische Ztg. erfährt, zum größten Teil bei den Zentralstellen eingegangen. Innerhalb der nächsten Wochen wird dieses Material im Reichsamt des Innern gesichtet und sodann die endgültige Fassung des Entwurfes fertiggestellt werden, so daß er gleich nach den Sommerferien dem Bundesrate zugehen wird. Dem Reichstag wird der Entwurf alsbald nach seinem Wiederzusammentritt Ende Oktober vorgelegt werden.

Der Entwurf einer neuen zahnärztlichen Prüfungsordnung ist im Reichsamt des Innern fertiggestellt und wird demnächst dem Bundesrate zur Beschlußfassung vorgelegt werden. Die neuen Vorschriften, die wesentliche Verschärfungen für die Zulassung zur Prüfung bringen werden (Reifezeugnis, Verlängerung des Studiums, möglicherweise auch ein praktisches Halbjahr), werden voraussichtlich nicht vor dem 1. April 1909 in Kraft treten können. Ferner wird auch eine Revision der **Prüfungsvorschriften für Tierärzte** vorbereitet.

Kiel, 29. Mai. Im Anschluß an die Massendiebstähle auf der **Kaiserlichen Werft** sind, wie die Kieler Neuesten Nachrichten melden, **große Durchstechereien und Unterschleife** aufgedeckt worden. Der Magazindirektor der Kaiserlichen Werft, Rechnungsrat Heinrich, Großkaufmann Frankenthal in Kiel und Kaufmann Bauer in Bant bei Wilhelmshaven sind verhaftet worden.

Koburg, 29. Mai. Die Landtagsersatzwahl in Stadt Koburg ergab in einem Bezirk den Sieg eines Sozialdemokraten. In den beiden anderen städtischen Bezirken wurden bürgerliche Kandidaten gewählt.

Köln, 29. Mai. Die Untersuchung gegen den Vizewachtmeister Girnstein vom 23. Feldartillerie-Regiment in Koblenz, zwei Unteroffiziere und einen Waffenmeister in der großen Landesverratsaffäre Schwarz ist abgeschlossen. Gegen die Beschuldigten ist die Anklage wegen Verrats militärischer Geheimnisse erhoben. Die Verhandlung findet am 30. Juni vor dem Kriegsgericht der 16. Division in Köln statt.

Der Peters-Prozeß gegen unseren Genossen Gruber, Redakteur der Münchner Post, wird vor der Berufungsinstanz, der 1. Strafkammer des Landgerichts München I, am 4. Juli verhandelt werden.

Ein neuer Hau-Prozeß. Dr. Paul Lindau hat jetzt eine amtliche Zustellung des Karlsruher Gerichts erhalten, die seinen Prozeß auf den 26. Juni anberaumt. Die Anklage gegen Paul Lindau lautet auf einfache Beleidigung Olga Molitors, begangen durch seine in der Neuen Freien Presse erschienenen Feuilletons. Paul Lindau wird in Karlsruhe von Rechtsanwalt Horwitz und Justizrat Bernstein verteidigt werden. Rechtsbeistand des Fräuleins Molitor ist wiederum Rechtsanwalt v. Pannwitz.

Die wegen Mißhandlung ihres Stiefkindes zu vier Monaten Gefängnis verurteilte Frau Dr. Bergmann hat gegen dieses Urteil die Revision am Reichsgericht eingelegt.

Kleine politische Nachrichten. Aus Karlsruhe wird berichtet: Als Konsequenz der staatlichen Absichten zur Errichtung und Förderung großer Wasserkraftanlagen ist der Ersten Kammer ein Regierungsentwurf zur Aenderung des Wassergesetzes von 1899 zugegangen, der, namentlich unter Einschränkung des bisherigen Verfügungsrechts auch der Gemeinden, die Rechte des Staates erweitern will. — Der Finanzausschuß der **bayrischen Abgeordnetenkammer** begann die Beratung über die **Elektrisierung der Bahn**, zunächst der Linie Salzburg—Reichenhall—Berchtesgaden. Für die Elektrisierung dieser Linie sind erforderlich insgesamt 3 770 000 M., für die Linie Garmisch—Mittenwald—Scharnitz und Garmisch—Griesen sind zusammen erforderlich 1 690 000 M. Alle drei Linien wurden einstimmig genehmigt. — Die **deutsch-schweizerische Zollkonferenz** führte hinsichtlich der deutschen Mehleinfuhr nach der Schweiz zu keinem abschließenden Ergebnis. In allen anderen zwischen den beiden Ländern schwebenden Zollfragen wurde eine Einigung herbeigeführt. Die Konferenz wurde gestern nach Unterzeichnung des Schlußprotokolls beendigt. — Der von der **schwedischen Regierung** eingebrachte Gesetzentwurf betreffend den Ankauf der Svappavara- und Leveniemuten Erzfelder in Lappmark, für die 8½ Million Kronen gezahlt werden sollen, ist von der Ersten Kammer mit 78 gegen 25 und von der Zweiten Kammer mit 133 gegen 68 Stimmen angenommen worden. Beide Kammern nahmen das **Uebereinkommen mit Norwegen** wegen Festsetzung der Seegrenze zwischen beiden Ländern durch ein Schiedsgericht, die Erste Kammer erst, nachdem die Regierung die Annahme zu einer Kabinettsfrage gemacht hatte.

Ausland.

Oesterreich-Ungarn.

Die Opfer von Czernichow.

Lemberg, 29. Mai. Nach dem Wiek Nowy ereignete sich beim Leichenbegängnis der Opfer von Czernichow ein Zwischenfall. Als ein Offizier der Kavallerie die Truppen zum Gebet kommandierte, rief jemand: Fliehen wir, man will auf uns schießen! In dem furchtbaren Gedränge, das hierauf entstand, erlitten etwa 60 Personen leichte Verletzungen.

Ein Wahlsieg der Sozialdemokraten.

Prag, 29. Mai. Bei den heute stattgefundenen Wahlen in den Gehilfenausschuß des alten Handelsgremiums, der sich bisher in „nationalen" Händen befand, siegte die sozialdemokratische Kandidatenliste mit 1242 Stimmen. Auf die „deutschen" Kandidaten entfielen insgesamt 532 Stimmen, während sich die Tschechen der Wahl enthielten.

Professor Wahrmund.

Innsbruck, 29. Mai. Gegen Professor Wahrmund wurde bei der hiesigen Staatsanwaltschaft die strafrechtliche Verfolgung wegen Herabwürdigung der Lehren und Einrichtungen der katholischen Kirche, begangen durch die Veröffentlichung seiner bekannten Broschüre, beantragt.

Frankreich.

Beratung des Einkommensteuer-Gesetzes.

Paris, 29. Mai. Deputierten-Kammer. Bei der fortgesetzten Beratung des Einkommensteuer-Gesetzentwurfs wurde ein von

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19080530/2 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG